Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. -- Preis: vierteljährlich 2,40 Mk. Außerdem Bestellgeld.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 291 | Bielefeld-Bethel, Sonnabend, den 13 Dezember 1919. | Jahrgang 1.

Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist und was der Herr von dir fordert, nämlich Gottes Wort halten und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott. Micha 6, 8.

Was uns not tut.

Not tut uns, daß wir unsere Lage klar erkennen. Wir stehen ganz allein in der Welt, wir werden überall ausgeschlossen. Der Kampf gegen uns geht als Valutakrieg weiter und bleibt so, wennn es uns nicht gelingt, wenigstens an einer Stelle wieder Vertrauen zu gewinnen. Die einzige Stelle, die da in Betracht käme, außer den schwachen Neutralen, ist Amerika. Dort regt sich eine mächtige Bewegung menschlichen Mitleids mit dem Leiden der deutschen Frauen und Kinder. Dort zeigt sich aber auch der Wille, mit der deutschen Männerwelt wieder anzuknüpfen unter drei Voraussetzungen.

Die erste Voraussetzung ist die, daß wir den ernstlichen Willen zeigen, den Friedensvertrag zu erfüllen. Amerika wird dann auch geneigt sein, für die Abänderung unerfüllbarer Forderungen einzutreten. Alles Reden und Schreiben über den Schmach- und Schandfrieden ist schädlich, wenn nicht deutlich der Wille zum Ausdruck kommt, daß wir trotz aller inneren Empörung fest entschlossen sind, unseren Verpflichtungen nachzukommen, soweit das irgendwie in unseren Kräften steht.

Die zweite Voraussetzung ist die, daß wir gründlich mit dem alten Zickzackkurs brechen, der heute hier sich anzubiedern suchte und morgen da, der heute hier drohte und morgen dort. Die Welt überhaupt, und Amerika im besonderen, muß den Eindruck der Stetigkeit unserer Politik gewinnen. Dazu gehört auch Stetigkeit im Innern. Die einmal angenommene Verfassung muß jetzt ebenso ehrlich eingehalten werden, wie der Friedensvertrag, wenn auch rechts und links sich lebhafte Wünsche dagegen regen mögen.

Die dritte Voraussetzung endlich ist die, daß wir mit allen Selbstentschuldigungen und Selbstbeschuldigungen aufhören und uns klar und deutlich bereit erklären, einen wirklich neutralen Gerichtshof die Schuldfrage am Kriege zu unterbreiten. Nur wenn wir dies tun, wird man draußen, und namentlich in Amerika, an unser gutes Gewissen glauben und an die Ehrlichkeit unseres Willens. Dies zu erkennen, tut uns not. Not aber tut uns vor allem, einmütig nach solcher Erkenntnis zu handeln.

D. Jaeger.

Amerika und die Weltpolitik.

(Schluß.)

Für Deutschland hat die Haltung des amerikanischen Senates keine sehr große Bedeutung. Daß sie nicht aus Deutsch-Freundlichkeit, nicht aus dem Wunsche, uns gegenüber den Erpresserversuchen unserer anderen Feinde zu helfen, geboren ist, scheint die Regierung genau zu wissen und das sollte auch das ganze deutsche Volk beherzigen. Ob es schließlich zur Ratifikation durch Amerika kommt, oder ob Amerika doch noch einen Sondervertrag mit uns schließt, das wird im Grunde auf dasselbe hinauskommen. In jedem Falle werden die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß wir unseren Verpflichtungen nachkommen, und sie werden wahrscheinlich, auch wenn sie etwa nicht mehr durch den Versailler Vertrag gebunden sind, erwarten, daß ihre Forderungen, die dann in einem besonderen Abkommen festgelegt werden müßten, allen übrigen voran gehen. Was man auch in Amerika beschließt, wir werden voraussichtlich in jedem Falle mit einer finanziellen und wirtschaftlichen Unterstützung rechnen dürfen, solange Amerika glaubt, dadurch das deutsche Staatsschiff zu seinen eigenen Gunsten wieder flott machen zu können. Allzu optimistisch darf man nach den Äußerungen Lloyd Georges und des französischen Wiederaufbauministers Loucheur über die Beteiligungen Amerikas an dem Wiederaufbau Mittel-Europas freilich nicht sein. Man rechnet sowohl in Frankreich als auch in England mit der Notwendigkeit, aus eigenen Kräften auch ohne die an sich dringend erwünschte, aber bisher ziemlich kühl zurückgehaltene Hülfe Amerikas die Wiedergesundung der völlig zerrütteten Verhältnisse in ganz Mitteleuropa endlich einmal in die Wege zu leiten. Natürlich haben wir ein dringendes Interesse, sobald wie möglich mit Amerika in normale Beziehungen zu kommen, damit endlich der Handel zwischen beiden Ländern und alles, was mit ihm zusammenhängt, (Konsulate, Liquidationen, Entscheidung über die internierten Schiffe) wieder in friedensmäßiger Form aufgenommen werden kann.

Ein italienisches Blatt beschrieb den Eindruck, welchen die Verhandlungen im amerikanischen Senat auf Frankreich gemacht haben mit den bezeichnenden Worten: „Man ist einfach konsterniert." Daß Frankreichs Politik uns gegenüber durch die Haltung Amerikas hervorgerufen ist, wurde schon bemerkt. Die niederdrückenden Nachrichten aus Washington haben bei den französischen Politikern den bereits offen ausgesprochenen Entschluß reifen lassen, die alte Bündnispolitik, die gerade durch den Völkerbund beseitigt werden sollte, wieder aufzunehmen. Bisher schien es zwar, als würde der Senat dem zwischen Frankreich, England und Amerika geschlossenen Defensivbündnis seine Anerkennung nicht versagen. Damit wäre freilich der für Frankreich wichtigste Gewinn aus dem Völkerbund gesichert gewesen. Denn etwas anderes als eine militärische Vormacht der Angelsachsen im Bunde mit Frankreich wäre ja der Völkerbund auch nicht gewesen. Nun aber scheint Amerika auch dem Defensivbündnis gegenüber seine Vorbehalte zu machen. Deshalb hat Frankreich sich schleunigst über die Haltung Englands Klarheit zu schaffen versucht. Nachdem man auch dort zunächst nach englischer Art sehr vorsichtig erklärt hatte, man müsse die eigene Stellungnahme von der Amerikas abhängig machen, scheint man sich neuerdings doch zu einem festeren Zusammenschluß mit Frankreich entschieden zu haben. Noch haben ja die ausgesprochenen Freunde Frankreichs und Vertreter der Kriegspolitik die Oberhand. Noch ist Lloyd George der führende Geist. Es verlautet, daß das Defensivbündnis zwischen beiden Staaten zustande gekommen ist, obwohl unter der Führung Lord Robert Cecils, den man vielfach als einen „kommenden Mann" ansieht, dagegen Einspruch erhoben wird. Gleichzeitig ist bei dem Aufenthalt des Ministers des Auswärtigen Pichon in London beschlossen worden, daß keine wichtige Frage der Politik ohne das vorherige Einvernehmen beider Länder entschieden werden soll. Um sich für den Ausfall des Völkerbundes einen weiteren Ersatz zu schaffen, sucht Frankreich Anschluß bei Italien. Ob nach dem Ausfall der dortigen Wahlen, die eine sozialistisch-klerikale Mehrheit ergeben haben, der alte Kurs weiter eingehalten werden kann, wird zwar sowohl in Frankreich als in Italien schon mehrfach bezweifelt. Die Thronrede des Königs gibt allerdings dem Willen Ausdruck, herzliche und freundschaftliche Beziehungen mit den bisherigen Verbündeten aufrecht zu erhalten. Man erwartet dafür das Entgegenkommen Frankreichs in der Adriafrage und hofft, daß gerade durch das Zurückweichen der Amerikaner aus den europäischen Händeln mit Unterstützung der Franzosen die italienische Vorherrschaft in der Adria, besonders aber der Besitz Fiumes, dem ja die Amerikaner in erster Linie entgegen traten, gesichert ist. Über Italien greift die französische Politik nach Rumänien und Polen hinüber. Im Westen sucht sie engere Beziehungen mit Spanien einerseits, Belgien und Holland andererseits aufrecht zu erhalten, so daß eine imposante Macht unter französischer Vormundschaft gegen den noch immer gefürchteten Erzfeind bereit steht.

Welchen Eindruck die Haltung Amerikas auf England gemacht hat, ist nicht ganz klar zu ersehen. Lieb ist es den Engländern, daß sie in Zukunft wahrscheinlich sehr wenig in der Durchführung ihrer türkischen Pläne gestört werden. Es wird ihnen nur angenehm sein, wenn die Amerikaner dort kein Mandat des Völkerbundes übernehmen und sie werden sicher Sorge tragen, daß sie dafür in dieser vorderasiatischen Frage den ausschlaggebenden Einfluß behalten. Natürlich wittern die Spürnasen der englischen Politiker hinter dem Vorgehen Amerikas Feindschaft gegen die englische Weltmacht. Diese kam während der Senatsverhandlungen unverblümt zum Ausdruck, wurde doch ein Vorbehalt eingebracht, daß keine Macht mehr als eine Stimme im Völkerbund haben sollte. Um sich nun gegen amerikanische Machtgelüste zu sichern, sind die Verhandlungen mit Japan wieder aufgenommen worden. Es wäre sicher falsch, in Bälde mit einem offen ausbrechenden Konflikt zwischen England und Amerika zu rechnen und darauf unsere Politik einzustellen. Aber man wird die zwischen beiden Reichen bestehende Spannung und die Beziehungen zwischen England und Japan im Auge behalten müssen. Neuerdings scheint sowohl in Japan als in England ganz im Gegensatz zu früher die Neigung gewachsen zu sein, den 1921 ablaufenden Vertrag zu erneuern. Es ist die große Kunst der englischen Politik, sich nach allen Seiten zu sichern und stets zwei Eisen im Feuer zu haben. Auch sie haben natürlich schwere Sorge um die englische Vorherrschaft im Stillen Ozean und fürchten das Vordringen des groß gewordenen japanischen Handels und politischen Einflusses sowohl in China, in der Südsee und Australien. Aber trotzdem bringen sie eine Koalition, aus der wesentlich sie selbst den Nutzen zieht, zustande und haben dadurch Amerika gegenüber einen starken Trumpf in der Hand. Japan selbst hofft natürlich durch die Verbindung mit England seine oben erwähnten Forderungen Amerika gegenüber durchsetzen zu können und für seine Unternehmungen in Sibirien freie Hand zu behalten. Man sieht also, daß die überaus wichtigen Vorgänge in Amerika sich in der ganzen Welt geltend machen, ein Beweis, für die überragende und weltpolitisch entscheidende Bedeutung der Vereinigten Staaten. H. W.

Sind unsere Feinde berechtigt, Deutschland ein Anrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten?

Von Seminarlehrer Rehm, Hilchenbach i. W.

(Fortsetzung.)

„Kann man den uns gemachten Vorwurf, wir verständen nicht, eingeborene Völker zu behandeln, überhaupt ernst zu nehmen? Spricht nicht die Anhänglichkeit unserer Eingeborenen an uns, gerade in einer Zeit, wo sie von uns keinen Vorteil zu erwarten hatten, eine ganz andere Sprache? Kurz vor Abschluß des Waffenstillstandes fragte ich gelegentlich Askaris (schwarze Soldaten), ob sie auch nicht fortlaufen würden, ein Ende des Krieges wäre nicht abzusehen. Ich wußte, daß die Leute kriegsmüde waren und sich danach sehnten, zu den Ihrigen zurückzukehren und sich gründlich von den unausgesetzten Strapazen auszuruhen. Aber sie antworteten: Wir werden bei euch bleiben, bis wir fallen. Wer den Mohren kennt, kennt auch seine Neigung zur Pose. Aber ich bin überzeugt, daß es sich hier um keine Pose handelte, und daß nicht nur die Sprecher, sondern die überwiegende Mehrzahl der anderen Askari gleich entschlossen waren und auch wirklich durchgehalten hätten. Aber nicht nur die Askari blieben uns treu, sondern auch die Tausende von Trägern, die man doch wirklich nicht als eine durch uns mit besonderen Vorrechten ausgestattete Kaste bezeichnen kann. Nach Abschluß des Waffenstillstandes zeigten sie nicht nur mir, sondern auch vielen anderen Deutschen den gleichen Respekt wie bisher, obgleich sie doch wußten, daß wir keine Gewalt mehr hatten. Betrat man in Daressalam die Lager der gefangenen Askari, so herrschte sichtbare Freude. Die braven Burschen drängten sich erfreut heran und brachten ihre kleinen und großen Anliegen genau so vertrauensvoll an wie früher. Sie wollten nicht für den Feind Dienste tun, trotzten allen seinen Verlockungen und zogen es vor, deutsche Soldaten zu bleiben, auch auf Kosten ihrer Freiheit. Sie erkannten an, daß wir sie gerecht behandelt und jede Strapaze und jedes Leid mit ihnen geteilt hatten. Sie wußten, daß sie bei uns stets Anteilnahme und Verständnis gefunden hatten, und wußten genau, daß wir ihr Eigentum und ihre Rechte achteten. Vor Unterschlagungen ihrer Gelder, wie sie sie bei den Engländern mehrfach erduldeten, waren sie bei den Deutschen sicher gewesen." (v. Lettow-Vorbeck, Am Vaterland und Kolonie.)

Ein Kenner der Südsee schreibt im „Volk": „Während Dr. Solf Gouverneur in Deutsch-Samoa war, kam er dienst-

lich und außerdienstlich öfter mit den dort arbeitenden Missionaren der Londoner Mission zusammen, und dieselben waren alle außerordentlich von ihm eingenommen. In ihren Berichten sprechen sie voll Bewunderung von der Arbeit des deutschen Gouverneurs Dr. Solf für die Eingeborenen, vom „Segen der deutschen Ordnung", vom „Schutz, den die Missionsarbeit genießt nach den langen Fehden der Eingeborenen" usw. Es wäre sehr gut und interessant diese Berichte jetzt einmal zu veröffentlichen, sie den Verleumdungen Lloyd Georges entgegenzuhalten und sie besonders in neutralen Ländern zu verbreiten oder Wilson zu übermitteln. Die Welt würde dann aus Feindesmunde jetzt ein anders Bild von der deutschen Kolonialarbeit erhalten, die trotz unserer Mißwirtschaft in Südwest noch die sauberste ist von allen Völkern, die Kolonien haben. Denn förmliche Menschenjagden auf die Eingeborenen mitten im Frieden, wie sie die Engländer in Tasmanien und Australien veranstaltet haben, sind bei uns doch nicht vorgekommen." Auch aus dem Munde namhafter englischer Politiker ist vor dem Kriege oft gerade der deutschen Kolonialarbeit ein hohes Lob gespendet.

Und nun spricht man uns im Mordfrieden von Versailles wegen der „Tradition deutscher Verwaltung und deutscher Regierungsmethoden" jedes moralische Anrecht auf den Besitz von Kolonien ab. Zu so einer teuflisch-niederträchtigen Begründung gemeinsten Länderraubes ist nur ein Volk fähig, das „perfide Albion."

II. Sind gerade unsere Feinde berechtigt, Deutschland ein Anrecht auf Kolonialbesitz zu bestreiten?

Gewiß werden unsere Feinde dann aber wenigstens mit reinen Händen dastehen und im Hinblick auf ihre eigene Kolonialpolitik sprechen können: „Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie diese Deutschen." Nun sehen wir uns diese Brüder einmal etwas genauer an!

1. England als Kolonialmacht.

Britisch-Südafrika: Holländische Bauern (Buren) lassen sich um die Mitte des 17. Jahrhunderts im Kaplande nieder. Als sie aus dem Lande etwas gemacht haben, wird ihr Land von den Engländern besetzt. (Anfang des 19. Jahrhunderts.) Um sich den englischen Bedrückungen zu entziehen, wandern die Buren nach Natal; auch dieses Land wird ihnen genommen. Ähnliches wiederholte sich mehrfach, bis die Engländer, angelockt durch die Gold- und Diamantenfelder der neuen Burenstaaten, den Buren auch den Oranjefreistaat und Transvaal rauben. „1899 bis 1902 wurde das Heldenvolk der Buren, deren Diamantfelder und Goldminen den blutrünstigen Schlächtern von der Themse verführerisch in die Augen stachen, voll viehischer Henkerslust hingemordet: Die kampffertigen Männer fielen im verzweifelten Ringen gegen zehnfache Übermacht, wehrlose Frauen, Kinder und Greise wurden herdenweise in die sogen. Konzentrationslager, d. h. Seuchenlager, geschleppt und dort elendem Tode überantwortet." (Prof. Schilling, Englands Werdegang.)

Britisch-Indien: „Noch immer ist Indien eine gute Geldquelle Englands. Es lebt eine große Anzahl englischer Beamten im Lande; geradezu ungeheure Gehälter werden von diesen bezogen. Nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit aber erhalten diese Beamten glänzende Ruhegehälter, die sie in der Heimat verzehren. Man berechnet gegenwärtig den Wert der indischen Ruhegehälter, die alljährlich nach England wandern, auf 320 Millionen Mark. Andere große Summen tragen die englischen Kaufleute nach England. Wenn sie in Indien reich geworden sind, ziehen sie ihr Geld zurück und bringen es der Heimat zu. So wechselt ein Beamten- und Kaufmannsgeschlecht mit dem andern. Die Satten, Reichen ziehen ab, die neu erringen wollen, treten an ihre Stelle. Gleich bleibt sich nur der Goldstrom, der fortgesetzt nach England fließt, oder besser, auch er wächst. Es war deshalb so unrecht nicht, daß man Indien mit einer Zitrone verglichen hat, die von England ohne Erbarmen ausgepreßt wird." (Hauptmann, Nationale Erdkunde.)

„In Indien hat England es seit einem Jahrhundert verstanden, mit verhältnismäßig schwachen Truppen Hunderte von Millionen Eingeborenen unter der Fuchtel zu halten. Der friedliche Knechtsinn des Hinduvolkes, verbunden mit der von England klug geschürten Rassen- und Religionsfeindschaft zwischen Indiens Völkern, hat es ihm ermöglicht, den furchtbaren Sepoyaufstand des Jahres 1857 durch die Waffen indischer Mohammedaner niederzuschlagen. Ein ungeheures Raubsteuersystem läßt ihm Jahr für Jahr unermeßliche Ströme des Reichtums aus Indien zufließen, ein unverhältnismäßig großes englisches Beamtenheer dort fürstlich zu besolden und ein Heer auf Indiens Kosten zur Knechtung ihres eigenen Landes zu erhalten, während die Eingeborenen zu Millionen an Hungerseuche zugrunde gehen." (Geiser, Das perfide Albion.)

„Hundert Jahre freilich verflossen, bevor die volle Regierungsgewalt über Indien der Krone England anheimfiel, und diese 100 Jahre füllen die dunkelsten Blätter der dunklen englischen Geschichte. In einem Meere von Blut erstickt, durch planmäßig betriebenen Hunger- und Pestkrieg entvölkert, schmachtet das unglückliche Land in würdeloser Knechtschaft seiner rohen Bedrücker, die es voll ekler Gier zertreten und zerstampfen, um sich seelenruhig seiner Schätze zu bemächtigen. Die Feder sträubt sich, all die körperlichen und seelischen Quälereien und Entbehrungen, Schändungen usw. festzuhalten, deren niedere, höhere und höchste Beamte der britischen Regierung sich den Eingeborenen gegenüber erfrechen, und deshalb sei statt der zahllosen unwiderlegbaren Beispiele bloß eins an den Pranger gestellt: In dem großen Aufstande vom Jahre 1859 wurden gefangene indische Fürsten, die doch ihr heiligstes Recht verteidigt hatten, vor Kanonenläufe gefesselt und als blutige Fetzen in die Luft geschossen. Und da wagt England noch, sich seiner „Kulturarbeit" zu brüsten! Den auf wirtschaftliche Pressereien zurückzuführenden Abfall der nordamerikanischen Staaten (1775) machte es durch Indiens Vergewaltigung wett; es suchte und fand eben Handel und Händel in allen Weltteilen." (Schilling, Englands Werdegang.)

(Fortsetzung folgt.)

Der Nutzen der Privatangestelltenversicherung.

Millionenaufwendungen für Heilverfahrenszwecke.

Das Heilverfahren, welches die Reichsversicherungsanstalt einleiten kann, um die infolge einer Erkrankung drohende Berufsunfähigkeit eines Versicherten abzuwenden oder den Empfänger eines Ruhegeldes wieder berufsfähig zu machen, hat einen von Jahr zu Jahr steigenden Umfang erfahren.

So sind beispielsweise im Jahre 1915 15 079 Anträge, in den Jahren 1917 und 1918 bereits 30 15.. bezw. 31 875 Anträge eingegangen, was einer Steigerung um rund 100 v. H gleichkommt. Die Zahl des Vorjahres ist in dem laufenden Geschäftsjahr bereits Ende September überschritten gewesen, da bis zu dem Zeitpunkt bereits 36 332 Anträge gezählt werden konnten. In gleicher Weise wie die Anträge ist auch die Zahl der Gesamteingänge in Heilverfahrungsangelegenheiten gestiegen. Im Jahre 1915 kamen insgesamt 113 986 Eingänge zur Erledigung, in den Jahren 1917 und 1918 aber 217 560 beziehungsweise 22 044. Auch diese Zahl ist im laufenden Geschäftsjahr am Ende September mit 262 079 Geschäftssache bereits beträchtlich überschritten worden.

Die für Heilverfahrenszwecke gemachten Aufwendungen, welche im Jahre 1913 nur 1 512 721 Mark betrugen sind entsprechend der stärkeren Inanspruchnahme und der allgemeinen Teuerung von Jahr zu Jahr wesentlich gestiegen und betrugen im Jahre 1918 insgesa.. 10 870 670 Mark. Die bisherigen Ausgaben im Jahre 1919 beliefen sich bis zum 30. September 1919 au. 10 405 361 Mark. Insgesamt sind in der Zeit von April 1913 bis zum 30. September 1919 50 257 730 Mark für Heilverfahrenszwecke verausgabt worden.

Die Arbeitszeit im Bergbau.

Scharfe Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Der Ausschuß zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau in Essen hat seine Arbeiten beendet, ohne daß eine Verständigung zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt worden ist. Weder die vor den Arbeitgebern im Interesse der Volkswirtschaft geforderte Schichtverlängerung auf acht Stunden noch die von den Arbeitnehmern beantragte Schichterkürzung auf sechs Stunden scheint Aussicht auf Verwirklichung zu haben.

Im Verlaufe der Verhandlungen des Ausschusses wurde von seiten der Arbeitgeber betont, daß eine Steigerung der Arbeitsleistungen durch eine Schichterlängerung erforderlich sei, nur dadurch könne unser Wirtschaftsleben vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Die Schichtzeit müsse wenigstens vorübergehend wieder auf acht Stunden, und wenn es notwendig sei, auch gegen entsprechende Bezahlung auf neun Stunden gebracht werden. Eine Herabsetzung der Arbeitszeit im Bergbau sei nur durch internationale Regelung möglich. Demgegenüber erwiderte der Arbeitervertreter Rosemann, daß die Frage der Schichtverlängerung für die Arbeiterschaft völlig undiskutabel sei. Man verlange eine Schichtverkürzung, und diese müsse spätestens bis zum Februar erfolgen. Wenn die Arbeitgeber kein Entgegenkommen zeigten, dann werden die Bergarbeiter sich mit Gewalt nehmen, was man nicht gutwillig geben wolle.

Von den wissenschaftlichen Sachverständigen wurde au. die außerordentlich ungünstigen Verhältnisse in Süddeutschland hingewiesen, wo durch Kohlenmangel ein völliger Zusammenbruch eingetreten sei. In der Eisenindustrie habe sich die Arbeitswilligkeit in geradezu großzügiger Weise gesteigert. Auch in dieser Hinsicht würde ein Andauern des Kohlenmangels außerordentlich ungünstig wirken. Die Arbeiter andere Industrien würden ohne Zweifel in diesem Zeitpunkt das Verlangen der Bergarbeiter nicht für berechtigt halten.

Die weitere Aussprache ergab, daß die Gegensätze zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in der Frage der Schichtzeit noch unverändert fortbestehen. Der Ausschuß nahm schließlich in einer Reihe von Anträgen Stellung zu den Fragen, die sich im Verlaufe der Beratungen als hauptsächlichste Gegenstände herausgebildet hatten. Für die Beibehaltung der Siebenstundenschicht stimmten sechs Arbeitgeber und ein Wissenschaftler, für die Einführung der Sechsstundenschicht am 1. Februar 1920 nur die sechs Arbeitnehmer, für die Beibehaltung der Siebenstundenschicht mit einem Lohnzuschlag von 25 Prozent für die Stunde drei Wissenschaftler. Ein Antrag der Arbeitnehmer, der die Bergarbeiter auffordert, im Hinblick auf die wirtschaftliche und soziale Not eine Siebenstundenschicht bei entsprechender Wertung zu verfahren, fand nur die sechs Stimmen der Arbeitervertreter. Ein anderer Antrag, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, daß die Kohlenförderung im Ruhrgebiet mit allen Mitteln, auch unter Zuhilfenahme von Ueberschichten, gesteigert werden müsse, wurde mit den zehn Arbeitgeber- und Wissenschaftler-Stimmen gegen die sechs Stimmen der Arbeitnehmer angenommen. Einstimmig angenommen wurde ein Antrag, der die bevorzugte Versorgung der Bergleute mit Lebensmitteln, Kleidern und Wäsche fordert, ebenso ein Antrag, in dem die stärkste Förderung der Errichtung von Wohnungen für Bergleute unter Benutzung der vorhandenen Organisationen und bei Gewährung von Reichszuschüssen verlangt wird.

Der Antrag der Wissenschaftler, wonach der Ausschuß seine Aufgabe nunmehr für erledigt hält, sich aber der Regierung weiter zur Verfügung stellt, wurde mit den Stimmen der Wissenschaftler und Arbeitgeber angenommen. Ein Antrag der Arbeitnehmer, daß der Ausschuß halbjährlich zusammentreten solle, fand nur die Stimmen der Arbeitnehmer.

Aus der Tierschutzbewegung.

Mit Hingebung, unter Darbringung persönlicher und finanzieller Opfer von beträchtlichem Umfang haben die deutschen Tierschutzvereine während des Weltkriegs eine ausgedehnte Tätigkeit zum Schutz und zur Pflege der Tiere sowohl in den Kampfgebieten, als auch in der Heimat ausgeübt. Dazu bot sich ja vielfach Veranlassung: Draußen die übermäßigen Anstrengungen bei oft ungenügender Ernährung und Pflege, die man den Zug-, Reit- und Tragtieren zumuten mußte, die zahllosen vorkommenden Verwundungen und Erkrankungen, die Abrichtung, Führung und Pflege der Sanitätshunde, in der Heimat die Überanstrengung der wenigen uns für Landwirtschaft, Verkehr und Industrie verbliebenen Pferde und anderer Zugtiere, das traurige Los der Zughunde, die Futternot, die rohe Behandlung so mancher Haustiere infolge der Verwilderung der Sitten bei Jungen und Alten, die Gefahr der Vernichtung zahlreicher nützlicher Vögel infolge des herrschenden Fleischmangels — dies und noch manches andere gab den Tierschutzvereinen reiche Veranlassung zur Ausübung ihrer humanen Tätigkeit. Und sie haben mit wenigen Ausnahmen in der schweren Zeit durchgehalten.

Heute rüsten sie sich zur Wiederaufnahme der Friedenstätigkeit in erweiterter Form. Die Gründe dafür liegen klar zutage. Angesichts der unermeßlichen Schädigung, den unser Wirtschaftsleben durch den Krieg und die nachfolgende Revolution erlitten hat und noch erleidet, ist es höchste patriotische Pflicht für jeden wahren Vaterlandsfreund, an dem Wiederaufbau des Zerstörten mitzuwirken. Dieser Pflicht wollen sich auch die Tierschutzvereine nicht entziehen; sie sind vielmehr freudig bereit, auch in ihrem Teile Volk und Vaterland nach dieser Richtung hin ersprießliche Dienste zu leisten. Diese Dienstbereitschaft fand vor kurzem ihren Ausdruck vor der breitesten Öffentlichkeit durch die in Weimar abgehaltene Tagung des Verbandes der Tierschutzvereine des deutschen Reiches. Ihr erhebender Verlauf zeigte, wie die deutschen Tierschützer auch heute noch ihr Ideal hochhalten und freudig entschlossen sind, allen Schwierigkeiten und Widerständen zum Trotz fortzuwirken zu Gunsten einer vernünftigen, freundlichen Behandlung und Pflege der Haustiere in gesunden und kranken Tagen, einer schmerzlosen Tötung der Schlachttiere, der humanen Ausübung der Jagd, der Erhaltung unserer nützlichen Vogelwelt sowie solcher Tiere, die infolge einer törichten Mode oder der Entziehung ihrer Lebensbedingungen durch „die fortschreitende Kultur" oder einer schrankenlos ausgeübten Jagd mit dem Untergang bedroht sind, des Verbots jeder Tierquälerei zur Unterhaltung und Belustigung der Menschen. Der Losung: „Tiere schützen heißt Menschen nützen", unter welcher sie sich einstens zusammengefunden haben, wollen sie auch unter den veränderten politischen Verhältnissen treu bleiben.

In welchem Sinne dies zu verstehen ist, zeigt schon ein flüchtiger Blick in das Programm der Weimarer Tagung. Da wurde eingehend verhandelt über die Frage: „Wie ist der schrecklichen Verrohung der Jugend zu begegnen?" über deren Wichtigkeit ja gerade in unserer Zeit kein Zweifel bestehen kann. Man fand, daß auch der Gedanke des Tierschutzes ein wirksames Mittel zur Verfeinerung der Sitten der Jugend sei und rief Lehrer und Pfarrer ernstlich zur Mitarbeit auf. Ja, es wurde die Forderung der Einführung einer besonderen Tierschutzpredigt an einem bestimmten Sonntag des Kirchenjahres erhoben.

Im Blick auf die zahlreichen Roheiten, die von Erwachsenen aus Gedankenlosigkeit, Geiz, Habgier, Modesucht, Leckerhaftigkeit und andern Ursachen begangen werden, wurde dem so oft schon vorgebrachten Wunsche nach einer Verbesserung der bestehenden Tierschutzgesetze erneut Ausdruck gegeben und vor allem eine viel strengere Bestrafung der Tierquäler gefordert. Als eine rohe, durch nichts zu rechtfertigende Tierquälerei wurde auch die leider so sehr verbreitete Unsitte der Verstümmelung der Pferdeschweife (das sogenannte Kupieren) bezeichnet, ferner das Stutzen der Ohren der Hunde, das Abhacken ihres Schweifs bei gewissen Rassen, unnötige Tierversuche an der Hochschule, besonders wenn sie ohne vorhergehende Betäubung der Versuchstiere vorgenommen werden. Auch das betäubungslose Schächten der nach jüdischem Ritus zu tötenden Schlachttiere wird von der großen Mehrzahl der Tierschützer, vor allem auch der Schlachthofdirektoren, als Tierquälerei angesehen und eine zeitgemäße Verbesserung dieser Schlachtmethode angestrebt.

Dem Schutz der Vogelwelt galten die Anträge auf Verbot des Krammetsvogelfangs durch Roßhaarschlingen (sogenannte Dohnen), auf Berücksichtigung der Singvögel bei Abholzungen u. a. im Interesse der deutschen Landwirtschaft, des Obst- und Weinbaus.

Schon diese kurze Aufzählung der wichtigsten Beratungsgegenstände der Weimarer Verbandsversammlung zeigt die große Bedeutung des Tierschutzes nicht nur für unser Wirtschaftsleben, sondern auch für die Volkserziehung und Volkssitte. Von den Pflichten gegen die Tierwelt darf kein wahrhaft guter Mensch sich selbst entbinden; er wird sich vielmehr nach dem Beispiel der Besten unseres Volkes freudig zu ihrer Erfüllung bereit finden lassen. Nach dem Motto: „Einigkeit macht stark" ruft der „Württembergische Tierschutzverein" (Sitz Stuttgart), der auf eine vieljährige, ersprießliche Tätigkeit zurückblicken darf, alle Gutgesinnten, welches Standes und Berufs, Religion und politischer Überzeugung sie auch sein mögen, zum Beitritt und zur Mitarbeit auf. Möchte sein Ruf nicht ungehört verhallen!

K.

Die Nationalversammlung.

— Berlin, 11. Dezember.

Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung einer Vorlage zur Aenderung des Bankgesetzes.

Reichsbankpräsident **Havenstein** empfiehlt die Vorlage, die eine Verlängerung des Privilegiums der Reichsbank bringt.

Auf Antrag des Abg. **Dernburg** (Dem.) wird die Vorlage ohne Aussprache dem Ausschuß für Volkswohlfahrt überwiesen.

Das Reichsnotopfer.

In Fortsetzung der zweiten Lesung werden die §§ 6 bis 12 unverändert angenommen.

Nach § 13 ist der Wertfeststellung der gemeine Wert (Verkaufswert) zugrunde zu legen. Bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken, sowie bei bebauten Grundstücken, die Bodenzwecken oder gewerblichen Zwecken dienen, ist dem Wertansatz der Ertragswert zugrunde zu legen. Als Ertragswert gilt bei landwirtschaftlichen Grundstücken das Zwanzigfache des Reinertrags, bei Wohnhäusern des durchschnittlichen Miets- oder Pachtertrages der letzten drei Jahre. In allen Fällen muß auf Verlangen des Steuerpflichtigen statt des Ertragswertes der gemeine Wert zugrunde gelegt werden.

Abg. **Quarck** (Soz.) beantragt Zugrundelegung des gemeinen Wertes auch für land- und forstwirtschaftliche Grundstücke.

Abg. **Rießer** (D. Vp.): Für einzelne Gegenstände, wie Maschinen und dergl., dürften nur die unter normaler Verhältnissen üblichen Preise zugrunde gelegt werden.

Reichsfinanzminister **Erzberger** bestätigt diese Auffassung.

Abg **Farwick** (Ztr.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag.

Abg **Becker-Hessen** (D. Vp.): Die Zugrundelegung des gemeinen Wertes bei landwirtschaftlichen Grundstücken würde die Landwirtschaft zerschlagen. Zu hohe Steuern treiben den landwirtschaftlichen Besitz in fremde Hände.

Abg **Heim** (bayr. Vp.): Die übermäßige Belastung von Grund und Boden ist volkswirtschaftlich verhängnisvoll.

Abg. **Blunck** (Dem.): Für landwirtschaftliche Grundstücke sind geradezu Phantasiepreise gezahlt worden. Wenn wir den wirklichen Wert feststellen sollen, müssen wir uns an den Ertrag halten. Kriegsgewinnler, die ihr Geld in die Landwirtschaft gesteckt haben, werden bis zum letzten Groschen erfaßt.

Abg. **Schiele** (Dnatl.) stimmt dem zu. Die Sozialdemokraten wollen eine Operation vornehmen, bei der es zum Schluß heißt: Die Operation ist gelungen, aber der Patient ist gestorben. In den nächsten Jahrzehnten wird die Landwirtschaft die einzige Grundlage unserer Wirtschaft sein.

Der sozialdemokratische Antrag wird darauf abgelehnt, und § 18 angenommen.

Zu § 40 schlägt Abg. **Dr. Hugenberg** (Dnatl.) besondere Bestimmungen für Genossenschaften m. b. H. vor, die sich aus Angestellten oder Arbeitern einer Aktiengesellschaft oder Gesellschaft m. b. H. zu dem Zwecke bilden, Aktien oder Geschäftsanteile der sie beschäftigenden Gesellschaft gegen Uebernahme von Tilgungsrente zu erwerben. (Werksgemeinschaften.) Diese Werksgemeinschaft soll von allen Gewerbe-, Einkommen- und Vermögenssteuern befreit sein. Der Redner weist darauf hin, daß jetzt deutsche Industrieaktien über 1000 Mark für 25 Dollar gekauft werden. Soll es dahin kommen, daß wir das fremde Kapital begrüßen, nachdem wir das eigene durch die Steuern beseitigt haben?

Der Rest des Gesetzes wird nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. Anfragen, kleine Vorlagen.

Schluß 6 Uhr.

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 11. Dezember.

Die Beratung des Kultus-Etats wird fortgesetzt beim Abschnitt „Provinzialschulkollegien, Prüfungsämter, höhere Lehranstalten".

Abg. **Hennig** (U. Soz.) begründet einen Antrag, sämtliche Privatschulen sollen die Genehmigung zum Weiterbetrieb nach den Bestimmungen der Reichsverfassung nachsuchen und vor allem ihre Lehrer denen der staatlichen Schulen gleichstellen.

Ministerialdirektor **Jahnke**: Die wichtigste Frage ist die Einheitsschule. Bei ihrer Einrichtung darf aber die verschiedenartige Begabung der Kinder nicht übersehen werden. Das Berechtigungswesen ist ein grober Unfug. Es zu beseitigen wäre ein unvergängliches Verdienst. Der Minister steht der Oberlehrerschaft durchaus freundlich gegenüber und erkennt die Bedeutung der höheren Schulen an, doch muß er mit den Wünschen der Eltern und Volksschullehrer einen An- und Ausgleich zu vermitteln suchen. Besonders schlimm steht es um die Studienassessoren. Einführung eines numerus clausus ist jedoch undurchführbar. Wir werden möglichstes Entgegenkommen in der Anstellung von Assessoren und Studienreferendaren zeigen. (Beifall.)

Abg **Schümer** (Dem.): Eine Ueberspannung des nationalen Gedankens verurteilen wir. Auch wir sind für besondere Förderung der Begabten. Den Versuchen mit dem deutschen Gymnasium stimmen wir zu. Wir wünschen zwar nicht eine vollständige, aber eine Teilreedukation. Die scharfe Scheidung zwischen akademischen und nichtakademischen Lehrern mißbilligen wir. Die Grundlage des höheren Schulunterrichts muß Geschichte und Moralunterricht sein.

Abg. **Grobe** (Ztr.): Die Vorbedingung für eine gesunde Gestaltung ist, die Sicherung unserer finanziellen Lage. Eine völlige Reform ist zurückzustellen, wenngleich wir für eine neuzeitliche Ausgestaltung eintreten. Die Politik muß der Schule fernbleiben. Der Minister sollte den Oberlehrern gegenüber nicht zu sehr den Parteimann herauskehren. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Frau Dr. Wegscheider** (Soz.): Der Geist der neuen Schule sei der der Sachlichkeit aber auch der der lebendigen Anteilnahme durch eigene Arbeit des Schülers. Innerhalb der Schulleitung soll der Direktor nur ausführendes Organ des Willens des Lehrerkollegiums sein. Die Einführung der Elternbeiräte ist ein Experiment, das gewahrt werden muß. Der Religionsunterricht darf nicht auf die Dauer Prüfungsfach bleiben, weil Religion die Sache des Gefühls und nicht des Wissens ist. Die Abschaffung der Privatschulen bleibt das Ziel, wenn auch nicht rücksichtslos verfahren werden soll. Auch der Abbau der Vorschule ist notwendig.

Abg. **Dr. Hoffmann-Kattowitz** (D. ntl.): Ich habe im Namen meiner Freunde zu erklären, daß wir der Einführung der Grundschule zustimmen. Doch können wir uns unter keinen Umständen darauf einlassen, daß ihre Einrichtung über das Elternhaus hinweg allein durch die Verwaltung getroffen wird.

Abg. **Dr. Weyl** (U. Soz.): Die Oberlehrer tragen einen Teil der Mitschuld am Ausgang des Krieges. (Zuruf: Na! na!) Der Vorwurf eines übertriebenen Nationalismus trifft wie die Universitätsprofessoren auch sie. Welche Verblendung war es, daß die Oberlehrer zur Bildung der Freiwilligen-Regimenter aufforderten, die dann nach Ypern geschickt wurden. (Lebhafte Pfuirufe rechts und große Unruhe.) Ein siegreicher Krieg, wie Sie (nach rechts) ihn wollten, wäre für Deutschland ein großes Unglück gewesen. Wir verlangen, daß der Kultusminister mit rücksichtsloser Tatkraft den reaktionären Treibereien in den höheren Schulen entgegentritt, besonders den des vergiftenden deutschnationalen Jugendbundes. (Große Unruhe rechts.)

Abg. **Völitz** (D. Vp.): Wir treten für den Antrag des Zentrums ein, der den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und Prüfungsfach verlangt.

Abg. **Baumeister** (Soz.): Wir müssen solche Reform betreiben, die wenig Geld kostet. Zu begrüßen ist die deutsche Oberschule. Sie darf aber nicht konfessionell sein. Den Moralunterricht lehnen auch wir ab.

Freitag 11 Uhr: Kleine Anfragen, Weiterberatung. Schluß nach 7 Uhr

---

Wenn Sie die Zeitung

auch am 1. Januar 1920 rechtzeitig in Händen haben wollen, dann bestellen Sie schon

vor dem 25. Dezember.

Deutsches Reich.

— Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, beabsichtigt die Nationalversammlung, sämtliche Steuergesetze, das Reichsnotopfer inbegriffen, und das Betriebsrätegesetz unbedingt noch vor Weihnachten zu erledigen.

— Der erste Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der sich mit der Vorgeschichte des Krieges zu befassen hat, hat einen Fragebogen aufgestellt, der an die in Betracht kommenden Auskunftspersonen zur schriftlichen Gegenäußerung versandt wird.

— Nach einer Meldung der „Straßburger Neuen Ztg." betragen die Kosten der alliierten Besatzung in Deutschland vom 1. Januar bis 1. November 3¾ Milliarden Mark.

— Für die Herausgabe des dritten Bandes der Bismarck-Erinnerungen sind zwischen den Vertretern des Kaisers und dem Verlag Cotta Vergleichsverhandlungen eingeleitet worden, die auf eine gütliche Lösung schließen lassen.

•

:: **Protest des bayerischen Königs.** Der frühere bayerische König hat, wie der „Bayer. Courier" erfährt, schriftlich nachdrücklich Protest dagegen eingelegt, daß über sein Privateigentum, Weinvorräte, Wagen, Marstall und Privatgestüt verfügt und die Bestände öffentlich versteigert werden sollen. Der Plan ist infolgedessen aufgegeben worden.

:: **Keine Abstimmung in Oberschlesien?** Die „Schlesische Zeitung" gibt im Anschluß an einen Bericht über eine Ausschußsitzung des schlesischen Provinzialvereins für Fluß- und Kanalschiffahrt, die sich mit der Frage des Ausbaues der Oder beschäftigte, ein Gerücht wieder, das am Schluß der Sitzung mitgeteilt wurde. Danach wurde mit Bezug auf Oberschlesien die Mitteilung gemacht, daß es in Oberschlesien vielleicht überhaupt nicht zu einer Abstimmung kommen würde. England soll nämlich an der Erhaltung Oberschlesiens in seiner heutigen wirtschaftlichen Blüte ein so großes Interesse haben, daß es nicht wünscht, daß Oberschlesiens reiche wirtschaftlichen Kräfte unter polnische Herrschaft komme, unter der sie, wie jeder Kenner der polnischen Verhältnisse weiß, verkommen müsse. Deshalb habe England ein Interesse daran, daß Oberschlesien bei Deutschland verbleibe.

:: **Französische Annexionsgelüste.** Die französische Besatzungsbehörde hat auf Veranlassung des kommandierenden Generals der französischen Rheinarmee das Organ der pfälzischen Autonomisten, und zwar Nummer 48 der „Freien Pfalz" beschlagnahmt und eingezogen, in welcher der verantwortliche Schriftleiter Emrich in schärfster Weise gegen die französische Besatzungsbehörde Stellung nahm bezw. deren Politik scharf kritisierte. Emrich wurde verhaftet, Tags darauf aber wieder freigelassen. Der Umstand, daß die Franzosen gegen das Organ der Autonomisten vorgehen, dokumentiert, daß sie infolge ihrer veränderten Rheinlandpolitik keine freie, autonome Pfalz mehr wollen, sondern offen nach der Annexion streben, was in der ganzen Pfalz ungeheures Aufsehen erregt. Auch die „Pfälzische Rundschau" in Ludwigshafen, welche den Artikel der „Freien Pfalz" abgedruckt hatte, ist beschlagnahmt und auf zehn Tage verboten worden. — Im Saargebiet haben die Franzosen den Landrat, Polizeidirektor von Halfen, und den Regierungsassessor von Salmuth verhaftet und sie über das rechte Rheinufer abgeschoben. Den beiden Beamten wurden nur 2½ Stunden Zeit zur Ordnung der persönlichen Angelegenheiten gelassen.

:: **Der Betriebsräteausschuß der Nationalversammlung** hat einstimmig einen Antrag des Zentrums und der Demokraten angenommen, wonach bei Unternehmungen, die mindestens 20 Hausgewerbetreibende beschäftigen, für diese ein besonderer Betriebsrat errichtet werden muß. Damit ist für die Bildung der Betriebsräte eine Trennung zwischen den Fabrik- und Heimarbeitern herbeigeführt. Dem Artikel 4 wurde auf Antrag des Zentrums ein neuer Absatz beigefügt, der auf Klöster und sonstige charitative Anstalten Rücksicht nehmen soll. Der Antrag, der einmütige Annahme fand, hat folgenden Wortlaut: „Nicht als Arbeitnehmer im Sinne dieses Gesetzes gelten Personen, deren Beschäftigung nicht in erster Linie dem Erwerb dient, sondern mehr durch Rücksichten der körperlichen Heilung oder Wiedereingewöhnung oder der sittlichen Besserung oder der Erziehung, oder durch Beweggründe gemeinnütziger, charitativer, religiöser, wissenschaftlicher oder künstlerischer Art bestimmt wird." Bezüglich der Endzahl des Betriebsrates wurde ebenfalls, auf Antrag der Sozialdemokraten, eine Aenderung angenommen, die folgende Bestimmung enthält: „Von 1000 bis 6000 Arbeitnehmern erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je weitere 500 um je eines, über 6000 erhöht sich die Zahl der Mitglieder für je weitere 1000 Arbeitnehmer um je eines. Die Höchstzahl der Mitglieder beträgt 30." Auf Antrag Schneider (Dem.) haben die Angestellten in Betrieben mit über 6000 Arbeitnehmern mindestens acht Vertreter im Betriebsrat.

:: **Der Bevölkerungsausschuß der Nationalversammlung für die Zensur.** Im Ausschuß für Bevölkerungspolitik berichtete Unterstaatssekretär Lewald, daß der Gesetzentwurf betr. Kinozensur voraussichtlich beim Wiederzusammentritt nach Weihnachten der Nationalversammlung wird vorgelegt werden. Die Zensur soll in Berlin und in München stattfinden; für Jugendfilme soll eine besondere Zensur unter Heranziehung des Lehrstandes eingerichtet werden; die Altersgrenze soll 17 Jahre sein. Ein deutschnationaler Redner sprach die Erwartung aus, daß auch die in der Verfassung geforderten Gesetze gegen Schund und Schmutz schleunigst kommen. Von demokratischer Seite wurde die Schande mancher Zeitungsannoncen gegeißelt und betont, daß ohne Zensur auszukommen unmöglich sei; es möge die Altersgrenze gleich der der Fortbildungsschule auf das 18. Lebensjahr angesetzt werden. Ein sozialdemokratischer Redner begrüßte das Verbot des Kaiserfilms. Der Redner schlägt eine Verbindung mit dem Verein der Zeitungsverleger vor, um die Schmutzannoncen auszuschließen. Auch der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie betonte die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Schmutzfilme. Der Vorsitzende des Ausschusses stellte die weitgehende Einigkeit des Ausschusses, auch hinsichtlich der Eilbedürftigkeit der staatlichen Kinozensur, fest.

:: **Die Steuerpflicht der Ausländer im besetzten Gebiet.** Durch eine Entscheidung der interalliierten Rheinlandkommission werden die Angehörigen der alliierten Mächte, soweit sie im Rheinlande leben, verpflichtet, alle Steuern und Zölle zu zahlen, wie sie von den Deutschen bezahlt werden. Durch diese Entscheidung werden erfreulicherweise die zahllosen ausländischen Handelsniederlassungen mit ihren Millionen-Umsätzen für die Steuer herangezogen. Nach der vorliegenden Entscheidung trifft die Steuerpflicht nicht zu für Angehörige der militärischen Besatzung.

:: **Millionenergebnis der Zigarettensteuer.** In den ersten sechs Monaten des laufenden Rechnungsjahres, April—September, sind den Nachweisungen des Statistischen Reichsamtes zufolge an Zigarettensteuer rund 110 Millionen Mark, an Kriegszuschlag rund 187 Millionen Mark, insgesamt 297 Millionen Mark, vereinnahmt worden. Im Haushaltsplan ist die Einnahme für das ganze Jahr auf 420 Millionen Mark (gegen das Vorjahr 126 Millionen Mark mehr) veranschlagt. Der Etatsansatz dürfte also durch die wirkliche Jahreseinnahme erheblich überschritten werden. Im letzten Friedensjahr (1914) betrug das Aufkommen aus der Zigarettensteuer rund 40 Millionen Mark. Für 1919 dürfte nun dem Zwölf- bis Fünfzehnfachen des damaligen Ertrages zu rechnen sein.

:: **Die Berliner Handelskammer gegen das Reichsnotopfer.** Auf Veranlassung der Berliner Handelskammer fand am Mittwoch eine große Kundgebung des Großberliner Handels und der Industrie gegen das geplante Reichsnotopfer statt. Die Kundgebung wurde eingeleitet von dem Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn. Wenn die Handelskammer sich zur Einberufung dieser Versammlung entschlossen habe, so sei es geschehen aus der Erkenntnis heraus, daß durch das Reichsnotopfer die heutigen Schwierigkeiten nicht vermindert, sondern vermehrt würden, aus der Erkenntnis heraus, daß das Reichsnotopfer unsere kranke Wirtschaft nicht heilen, sondern stark schädigen, vielleicht ertöten würde. Deshalb sei es Pflicht der Kaufmannschaft, die Regierung und die Volksvertretung davon zu überzeugen, daß das Reichsnotopfer fallen müsse. — Die Ausführungen des Präsidenten wurden ergänzt durch verschiedene Vertreter der Industrie und des Handels, sowie durch Vertreter der Berliner Großbanken. Es wurde dann einstimmig eine längere Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: „Wir lehnen einstimmig das Reichsnotopfer ab und ersuchen die Handelskammer, nach Kräften mitzuhelfen, daß an seiner Stelle Steuergesetze eingeführt werden, durch die dem Reich die erforderlichen Mittel gesichert, zugleich aber Volkswirtschaft und Staat vor dem Zusammenbruch bewahrt werden."

:: **Neue Maßnahmen gegen die Wohnungsnot.** Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung verabschiedete eine Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot. Es handelt sich um eine Verschärfung der Verordnung vom 10. Januar 1919 über die Befugnisse der Bezirks-Wohnungskommissare, Grundstücke für Wohnungszwecke gegen Entschädigung zu enteignen. Für diesen Fall waren als Berufungsinstanz die ordentlichen Gerichte vorgesehen, die aber zumeist auf ihre Entscheidungen, namentlich über strittige Preisfragen, warten ließen. Nunmehr wird angeordnet, daß von den Landeszentralbehörden lokale Berufungsbehörden zur Entscheidung berufen werden. Die Verordnung enthält weiter Bestimmungen gegen den Schleichhandel mit Baustoffen und gibt den Wohnungskommissaren das Recht, Ziegel- und andere Baustoffwerke zur Wiederaufnahme des Betriebes anzuhalten. Der Ausschuß genehmigte ferner die Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen vom 17. Januar 1919.

Rundschau im Auslande.

‡ Im britischen Unterhause verneinte Bonar Law, daß Unterhandlungen zwischen England und Frankreich stattfinden, um ein Sonderabkommen zwischen beiden Staaten zu schließen, wenn die Vereinigten Staaten das Abkommen nicht ratifizieren.

‡ Eine französische Delegation, bestehend aus Kunstsachverständigen, wird in Gemeinschaft mit englischen und italienischen Delegationen Kunstgegenstände aus dem ehemaligen österreichischen Kronschatz auswählen, die als Garantie für einen Vorschuß an die deutsch-österreichische Regierung gelten sollen.

‡ Brüsseler Zeitungen melden, daß die belgischen Grenzen gegen Holland und Deutschland gesperrt sind.

‡ Die Vertreter Rumäniens in Paris haben die Verträge von St. Germain und Neuilly nunmehr unterzeichnet.

‡ Die abgeänderten Voranschläge für das britische Heer sehen eine Herabsetzung der Heeresstärke ab 31. März 1920 auf 400 000 Mann vor, von denen ein Teil noch demobilisiert wird.

‡ 500 Waziris haben einen Eisenbahnzug in der Nähe von Thal an der Nordwestgrenze Indiens angegriffen, 36 Reisende getötet und 50 verwundet.

•

Oesterreich: Tirol verlangt den Anschluß an Deutschland.

‡ Sämtliche Parteien des Tiroler Landtags haben beschlossen, eine Anfrage an die Entente zu richten, ob diese gewillt sei, Tirol den wirtschaftlichen Anschluß an Deutschland zu erlauben. Sie begründen ihren Wunsch mit der furchtbaren Notlage und mit dem Mangel an Rohstoffen. Es heißt in der Begründung, keine Macht auf Erden könne einem Volke das Recht zum Leben nehmen. Die derzeitige Situation verurteile das Tiroler Volk zum Tode. Der Landtag stelle die Frage an die Entente, ob sie in der Lage sei, Tirol zu erhalten. Sollte die Entente keine befriedigende Antwort geben, so würde Tirol vor die Notwendigkeit gestellt sein, seine wirtschaftliche Existenz durch den Anschluß an Deutschland zu sichern.

Ungarn: Die Friedensbedingungen für Ungarn.

‡ Der Wiener „Neuen Freien Presse" zufolge sind die wichtigsten Friedensbedingungen für Ungarn folgende: Ungarn wird aus 14 Komitaten bestehen; es muß binnen 25 Jahren 18 Milliarden für die Wiedergutmachung an die Entente zahlen und übernimmt ein Fünftel der gesamten Staatsschulden der ehemaligen Donaumonarchie. Ueber die Staatsform des Landes wird durch Volksabstimmung entschieden werden. Jedoch schließt der Vertrag die Habsburger von der Herrschaft über Ungarn aus.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld, den 13. Dezember 1919.

— **Austritt aus der Demokratischen Partei.** Wie die Zeitungen berichten, ist Herr Stadt- und Kreisschulinspektor Dr. Fr. Schepp, Berlin, aus der Demokratischen Partei ausgetreten und hat sich der Deutschen Volkspartei angeschlossen. Herr Dr. Schepp ist hier nicht unbekannt. Im Jahre 1912 kandidierte er in Bielefeld für die Freisinnige Volkspartei. Im Landtag vertrat er als Mitglied dieser Partei den Kreis Niederbarnim, legte aber vor einigen Jahren sein Landtagsmandat nieder. Als junger Mann trat Dr. Schepp im Wahlkreise Siegen schon Hofprediger D. Stöcker als freisinniger Kandidat entgegen. Obgleich er selbst Siegerländer, ein guter Redner, überhaupt ein fähiger Kopf war, erzielte er damals keine großen Erfolge. Es ist bemerkenswert, daß viele, die früher mit Eifer in der Freisinnigen Volkspartei an führender Stelle standen, jetzt der Demokratischen Partei den Rücken kehren. D. Traub, D. Pfannkuche-Osnabrück und manche andere. Für die, welche bei Neubildung der Parteien besonders aus religiösen Gründen ihre Zuflucht bei der Demokratischen Partei suchten, gilt es erst recht zu beachten, daß gerade die oben genannten als Vertreter einer christlichen Weltanschauung glaubten, ihre Kraft dieser Partei nicht länger zur Verfügung stellen zu können.

— **Der Kaiser und Stöcker.** Dazu wird uns geschrieben: Folgendes mir von durchaus glaubwürdiger Seite mitgeteilte Gespräch des Kaisers mit dem Hofprediger Vogel verdient festgehalten und weiter verbreitet zu werden. Der Kaiser rief nach dem Zusammenbruch aus: „Hatte ich denn keinen, der mir die Wahrheit gesagt hat?" „Doch," sagte Vogel, „Majestät hatten einen Propheten, das war Stöcker. Der hat gesagt: wenn die christlich-soziale Fahne heruntergerissen wird, folgt die Kaiserstandarte nach." Da erhebt sich immer wieder die Frage: welches waren die geheimen treibenden Kräfte, die dem Kaiser den Glauben beibrachten, es gäbe für ihn keinen gefährlicheren Mann als Stöcker. Aber: wen Gott verderben will, den verblendet er. R.

Briefkasten.

Fr. Koch-Hannover. Nach Abgang unserer Antwort an Sie geht uns ein Schriftchen zu: **„Gegen das Kinowesen"**, herausgegeben vom Evangelischen Volksbund für Württemberg in Stuttgart. Das Heftchen bietet in drei Abschnitten mancherlei Material für die Kinoreform und führt durch die Wiedergabe vieler Zeitungsstimmen ein in die mannigfache Art des Kampfes um diese wichtige Frage. Das Schriftchen kostet 1 ℳ und wird Ihnen für Ihren Zweck gute Dienste tun, auch sicher noch manchem unserer Leser, der sich für die Sache interessiert, willkommen sein.

Letzte Nachrichten.

Ultimatum des Zentrums.

Am Freitag beginnen Verhandlungen zwischen den Mehrheitsparteien über die Möglichkeit einer Beilegung des Unterrichts-Konflikts, und zwar unter Vorsitz des Reichspräsidenten Ebert. Eine Erklärung der Zentrumspartei besagt, daß der Abg. Lauscher im Namen der Fraktion gesprochen habe. Es handle sich für das Zentrum um eine grundsätzliche Frage und es sei ausgeschlossen, daß das Zentrum ohne gebührende Rücksichtnahme auf seine Forderungen in der Koalition bleibe.

Die deutsche Antwort.

Die deutsche Antwort auf die Entente-Note ist Donnerstag abend durch besonderen Kurier nach Paris befördert worden.

Weihnachtsferien der Nationalversammlung.

Die Nationalversammlung wird am 18. Dezember in die Weihnachtsferien gehen.

Unterdrückung der ungarischen Schulen in Siebenbürgen.

Die rumänische Regierung hat in Siebenbürgen sämtliche Schulen, in denen in ungarischer Sprache unterrichtet wurde, geschlossen. Es wurden 3 Universitäten, 31 Gymnasien und mehr als 3000 Volksschulen geschlossen. Da die rumänische Regierung nicht in der Lage ist, die geschlossenen ungarischen Schulen durch rumänische zu ersetzen, bleiben in Siebenbürgen mehr als 300 000 Kinder ohne Unterricht.

Das Friedensangebot der russischen Sowjetrepublik.

Der Abgesandte der russischen Sowjetregierung Litwinow teilte einem Reuterberichterstatter in Kopenhagen mit, daß den Vertretern der alliierten Mächte eine Resolution in Abschrift zugestellt sei, gleichzeitig mit dieser ging ein Begleitschreiben mit, das mitteilt, diese Resolutionsabschrift soll als ein tatsächliches Friedensangebot angesehen werden, Sowjetrußland ist bereit, mit allen Völkern in Frieden zu leben und macht den Alliierten den Vorschlag, in Unterhandlungen einzutreten. Die Alliierten werden sich wohl kaum ernstlich mit diesem Angebot befassen. Nach einer Londoner Meldung erklärte Lloyd George auf einem Gewerkschaftskongreß bezüglich der Politik Englands gegenüber Rußland, die englischen Truppen seien zwar aus Rußland zurückgezogen und die englische Flotte habe die Ostsee verlassen, aber England werde das von Sowjetrußland zehnmal wiederholte Friedensangebot nicht annehmen.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld. Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle: Missionar Heienbrok Bethel bei Bielefeld, Postscheckkonto 7382 Hannover.

Goldklang-Instrumente | **Carl Rost** | **Elite-Saiten**
Gehrenberg 33. **Bielefeld** Gehrenberg 33.
Fabrik, Lager und Reparaturwerkstatt sämtlicher Streich, Blas- u. Zupfinstrumente, Saiten u. Bestandteile.
Beste Referenzen. Angemessene Preise.

Uhren u. Goldwaren
Trauringe in reizender Verpackung
empfiehlt in größter Auswahl bei streng reeller fachmännischer Bedienung zu äußerst billigen Preisen mit langjähriger Garantie
Wilh. Kremeyer, Herford, Höckerstraße 13,
Uhrmacher und Goldschmied.
Reparaturen in eig. Werkstatt. Solide Ausführung. Mäßige Preise.

W. Taubert
Bielefeld, Altstädterkirchstr. 4.
Stahlwaren-Spezialgeschäft
Schleiferei und Reparaturwerkstatt

Die Uhr der Zukunft
ist die Leuchtuhr, weil sie auch nachts die Zeit bequem erkennen lässt. Jede Uhr kann nachträglich in meiner Werkstatt mit Leuchtausstattung versehen werden.
Fritz Böckelmann Ww.
Am Markt 5. Bielefeld. Telefon 711.

Haarausfall, Schuppen usw.
beseitigt sicher
Ernst Weiß rationelle Haarkur.
— Dankschreiben über Heilerfolge zur Einsicht. —
Weiss Haarpflege
Viktoriastr. 10 **Bielefeld** Viktoriastr. 10.

Die Evangelisch-soziale Schule in Bethel b. Bielefeld
bildet Sekretäre für die christlichen Gewerkschaften aus. Sie übermittelt auch Anträge auf Anstellung in der Gewerkschaftsarbeit. Der Bedarf an Sekretären wächst täglich, Anmeldungen geeigneter Persönlichkeiten sind deshalb willkommen. Geeignet sind nur solche, welche wirklich Arbeiter gewesen sind und dann sich ausgebildet haben, sei es als Diakon, Gemeindehelfer, Jugendpfleger, Missionszögling oder was es sei.
Der Leiter der Evangelisch-sozialen Schule
D. Jaeger.

Der Deutsche Guttempler-Orden (I O G T)
verbindet alle Stände auf dem Boden christlicher Bruderliebe, um unser Volk aufwärts zu führen. Er bekämpft den schädlichen Einfluß geistiger Getränke und beteiligt sich an allen Bestrebungen zur Hebung unseres Volkes. Jede gewünschte Auskunft erteilt:
Missionar J. Ostermeyer, Bethel bei Bielefeld.

Der Eisenacher Bund
für kirchliche Evangelisation, Pflege christlicher Gemeinschaft und evangelischen Lebens
ruft alle, die mit Ernst Christen sein wollen, zur Mitarbeit auf. Wünsche um weitere Auskunft und Anmeldungen sind zu richten an Pastor D. **Jaeger** in Bethel b. Bielefeld.

Verkauf von Kokosfett an werdende Mütter.

Werdende Mütter (12 Wochen vor der Entbindung) erhalten in dieser Woche gegen Abgabe der Marke Nr. 3 der bis zum 21. Dezember d. J. gültigen gelben Einfuhrzusatzkarte und Vorzeigung der blauen Ausweiskarte der Mütterberatungsstelle:

½ **Pfund Kokosfett zum Preise von 5.25 ℳ**

Der Verkauf findet am Freitag, den 12. d. M., von 2 Uhr nachmittags ab und Sonnabend, den 13. des Monats in den bekannten Schlachterläden statt.

Magistrat Bielefeld.

Zu kaufen gesucht:
1 gebrauchte Friktionspresse, 55–70 mm Spindelst, 2 kleine Exzenterpressen mit verstellbar Tisch, 1 guterh. Leitspindelbank, 1000 mm Drehlänge, 2—3 Handspindelpressen, 40–50 mm Spindelstärke, 1 Schnellbohrmaschine, 1—23 mm bohrend. Offerten unter K M. 2140 an die Exped. d. Zeitung.

Billige Uhren

echt Silber 45,
Nickel . . 3,–
Weckuhren 15,–
Alles Friedensware.
Uhren-Klinik
Bernh. Dierse
Meyerstr. 7

Pr. Werpel, Herford

Musikinstrumente aller Art

Zerrissene Strümpfe, Wolle, Baumwolle, Seide, Flachs werden schnellstens repariert bei
M. Jungblut
Altstädter-Kirchstr. 20

Weihnachtsbitte!
Wer gibt oder verschafft mir Stellung als **Schlosser,** wo Wohnung vorhanden? War zuletzt im Betriebe tätig. Mit Autoreparaturen vollständig vert. gut Würde mir größte Mühe geben, mich einzuarbeiten. Aufs Land oder kleiner Betrieb oder dergleichen angenehm. Bin verh., kinderl., 27 J., Kriegsteilnehmer. Angebote bitte unter F. G. 31 an die Exp. des „Anzeigers".

Kirchl. Nachrichten

Bielefeld.

3. Advent, 14 Dezember 1919.

Kollekte für die Kinderheilanstalt in Salzuflen.

Altstädter Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Trautermann. 11½ Uhr Kindergottesdienst. — Abends 6 Uhr Superintendent Lappe Beichte und Feier des heil. Abendmahls.

Neustädter Kirche. Vormittags 10 Uhr Vikar Noa. Beichte und heil. Abendmahl. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr P. Kuylo.

Reformierte Kirche. Vorm. 10 Uhr P. Mund. Vorm. 10 Uhr im Gemeindehause, Gottesdienst für Schwerhörige, P. Knolle. Vormittags 11½ Uhr Kindergottesdienst. Montag 8½ Uhr Kirchenchor.

Martini-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Usener. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Gemeindebibelstunde fällt aus.

Paulus-Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Schneider. Beichte und Abendmahlsfeier. ½12 Uhr Kindergottesdienst. Versammlung der von P. Kohler Konfirmierten im Gemeindehause, (Knaben um 2, Mädchen um 3 Uhr) zur Vorbereitung für den 2. Abendmahlsgang, der am 4 Advent abends stattfindet. Abends 6 Uhr P. Quisthorp. 8¼ Uhr Gemeindeversammlung, Vortrag über die Erhaltung unserer evang. Volksschule.

Johannis Kirche. Vormittags 10 Uhr P. Hammerschmidt. 2 Uhr Kindergottesdienst. Abends 6 Uhr P. Köyne. Mittwoch, abends 8½ Uhr Bibelbesprechung, P. Hammerschmidt.

Petri-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst P. Kortmann. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 2½ Uhr Taufen. —

Jakobus-Gemeinde. 10 Uhr P. Waubke. 11½ Uhr Kindergottesdienst, 3¼ Uhr Taufen.

Zionsgemeinde.

Sonnabend, abends 7 Uhr: Beichte, P Burckhardt Sonntag, vormittags 9 Uhr: P. Dietrich, anschließend Feier des heiligen Abendmahls — 10 Uhr P. Michaelis. Nachm. 1½ Uhr Kindergottesdienst. Abends 7 Uhr P. Isleib. Donnerstag, den 18. Dezbr., abends 7½ Uhr P. Kuylo.

Landeskirchl. Gemeinschaft.

Blaukreuzhalle, Kaiserstraße. Sonntags 6½ Uhr: Evangelisation. Sonntags 1½ Uhr: Sonntagsschule. — Donnerstags 8 Uhr: Bibelstunde. Mittwochs 8 Uhr: Gesangverein Sonnabends 7½ Uhr Weihnachtsfeier.

Alleinvertretung
im Kreise Bielefeld für einen neuen Stahlband-Kistenverschluß der Meistern-Ventilator Gesellschaft zu vergeben. Offiziere a. D. bevorzugt.
Herber, Major a. D.,
Generalvertreter.
Minden, Göbenstraße 22.